

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 spbn d

Inhalt

Helmut Schmidt MdB gratuliert Herbert Wehner zum 80. Geburtstag: Ein großes Vorbild.

Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger MdB weist auf die kommunalpolitischen Erfolge der SPD in Bayern hin: Sozialdemokraten im Aufschwung.

Seite 3

Ludwig Hettling MdB fordert, den Zusammenbruch der Werften und der Handelsflotte zu verhindern: Bedeutung des Schiffbaus für die Küste bewußt machen.

Seite 5

Dokumentation
Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) hat gegen die Einschränkung des Asylrechtes durch die Bundesregierung protestiert. Wortlaut der Resolution

Seite 6

41. Jahrgang / 127

9. Juli 1986

Ein großes Vorbild

Herbert Wehner zum 80. Geburtstag

Von Helmut Schmidt MdB

1945 begann für die damals jungen Deutschen aus meiner Generation, die Glück gehabt und Drittes Reich und Weltkrieg lebend überstanden hatten, ein phantastisches Abenteuer: nach zwölf Jahren geistiger Abschürfung und Bevormundung hatten wir die Chance, in unserem Land Demokratie aufbauen zu helfen. Da aber die meisten von uns keinerlei eigene Erfahrung mit der Demokratie hatten, weil wir 1933 doch noch Kinder gewesen waren, so brauchten wir Vorbilder, an denen wir uns geistig und politisch orientieren konnten.

Herbert Wehner gehörte zu jenen Menschen, denen meine Generation solche Orientierung verdankt. Aber er gab Orientierung und Führung auch für viele andere, die älter waren als wir. Er ist von 1949 bis 1983, dreieinhalb Jahrzehnte lang, einer der ganz großen Bewegter der politischen Entwicklung in Deutschland gewesen - im gleichen Range wie Konrad Adenauer. Er hat sich in unübersehbarem Maße um den geistigen, moralischen und politischen Wiederaufbau verdient gemacht. Dies wird heute auch von seinen politischen Gegnern durchaus anerkannt.

Wir sollten dabei nicht vergessen, was Herbert Wehner schon vor 1945 begegnet war, daß er schon vor 1945 sein Leben in seine eigenen Hände genommen hatte; und daß er gerade wegen seiner vorangegangenen Erfahrungen des politischen Kampfes befähigt war, zu raten, zu helfen und zu führen.

Herbert Wehner ist immer ein klarer Gegner der NS-Diktatur gewesen. Er arbeitete von 1927 bis 1935 zunächst legal, dann illegal für die KPD - zunächst innerhalb und von 1935 bis 1942 außerhalb der deutschen Grenzen - insgesamt ein gefährlicher Lebensabschnitt. Dabei wuchs in ihm die schmerzhaft Einsicht in die Mängel der kommunistischen Ideologie und in die moralischen Defizite der kommunistischen Partei und ihrer Praxis. Sein Bruch mit der KPD 1942 in Schweden fiel in die Zeit, in der sich klar die Wende im Kriege Hitlers gegen Stalin und dessen schließlicher Sieg abzeichneten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos über
den Postkasten
Bestellungs-Papier



Am Ende des Krieges nach Deutschland zurückkehrend, war Wehner ein vom Kommunismus „Gebrannter“, wie er sich oft ausgedrückt hat. Er war ein Mann voller aufgestauter Kraft; aber doch einer, der sich mühselig eine neue politische Vorstellung und neue Vorbilder erwerben mußte. Er fand den Anker in Kurt Schumacher. Er war als junger Mann Kommunist gewesen; als erwachsener Mann wurde er jetzt ein überzeugter Sozialdemokrat - und ist dies als alter Mann geblieben. Dabei ist aber sein Eintreten für Interessen und Schicksal der Arbeiterschaft und der kleinen Leute das immer Gleiche geblieben - ebenso wie er immer an seinen moralischen Grundwerten und an seiner christlichen Bindung festgehalten hat.

Ich kenne Herbert Wehner seit 40 Jahren. Für mich ist er immer ein Merker gewesen, immer ein konzeptioneller Denker. Aber Onkel Herbert war immer zugleich auch ein leidenschaftlicher Täter. Er hat unsere sozialdemokratische Sache nach vorn bewegt, oft nur schrittweise, aber immer mit großer Zähigkeit. Ich habe ihn viele Male sagen hören: „Wie es kommt, so wird es genommen.“ Er hat sich immer wieder selbst zur Disziplin gezwungen, obgleich er ein sehr verletzbarer Mensch ist, der von manchem politischen Gegner in schlimmer Weise herabgesetzt und verächtlich gemacht wurde. Natürlich: er selbst konnte auch austeilen, er konnte schrecklich kantig, knorrig und eckig sein. Hinter dieser äußeren Explosivität jedoch konnte jedermann immer die Leidenschaft zur Gerechtigkeit und den Willen zur Freiheit für alle erkennen. Er hatte immer Gegner - auch in der eigenen Partei, jedoch hat er sich wenige Feinde, wohl aber viele Freunde gemacht.

Ich selbst habe mich seit langen Jahrzehnten zu seinen Freunden gezählt - und bin nie von Herbert Wehner enttäuscht worden. Ob als Verteidigungs- oder Finanzminister oder als Regierungschef - Herbert Wehner war für mich stets ein überlegender Ratgeber. Gewiß: In jedem Jahrzehnt haben wir uns wohl auch einmal gestritten; und - weiß Gott - Herbert Wehner kann streiten! Gleichwohl: Zuneigung und Respekt haben darunter nicht gelitten. Denn immer konnte man sich auf den Menschen verlassen.

Gewiß: er wußte auch, Kompromisse zu schließen; denn er ist ja ein Demokrat, nicht einer, der ganz allein Recht haben will. Aber eines ist er nicht: er war nie ein Opportunist. Er hat der Verleitung weder zum Opportunismus noch zur Eitelkeit nachgegeben - beides Todsünden der Politik, von denen dennoch kaum ein Politiker gänzlich frei ist.

Die Jüngeren werden auf Herbert Wehners Schultern zu stehen haben - wenn sie denn stehen wollen! Wenn sie denn nicht bloß Karriere machen wollen! Wenn sie denn die Courage haben, sich von der jeweils bequemen Konformität mit den gerade gängigen Meinungen zu lösen. Wehners Vorbild bedeutet: eisernes Festhalten der Grundwerte, sowohl unseres Grundgesetzes als auch unserer Partei - und ebenso das Augenmaß für das möglich zu Machende; die Leidenschaft zur Vernunft; und der feste Wille zur Verantwortung für das eigene Handeln oder Unterlassen.

Wer dieses Vorbild vor Augen hat, der hat Grund, diesem großen alten Mann zu seinem achtzigsten Geburtstag in Dankbarkeit zu gratulieren.

(-/9.7.1986/rs/ks)

* * *

(Dieser Artikel erscheint auch im „sozialdemokrat magazin“).



Bayerische SPD im Aufschwung

Seit 1984 sind im Freistaat drei sozialdemokratische Oberbürgermeister und
56 sozialdemokratische Bürgermeister hinzugekommen

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Der bayerischen SPD ist jüngst ein weiterer beachtlicher kommunaler Wahlerfolg gelungen: Die Gemeinde Veitshöchheim im Landkreis Würzburg wählte in der Stichwahl den Sozialdemokraten Rainer Kitzkofer mit 50,3 Prozent zum neuen Bürgermeister. Verlierer der Wahl ist der bisherige CSU-Bürgermeister Steppert, auf den noch vor sechs Jahren 75 Prozent und diesmal nur mehr 49,6 Prozent entfielen.

Mit Veitshöchheim setzt die bayerische SPD ihre eindrucksvollen Wahlerfolge seit 1984 fort: Bei der allgemeinen Kommunalwahl im Frühjahr 1984 eroberte die bayerische Sozialdemokratie mit Georg Kronawitter den Münchner Oberbürgermeister zurück und mit Hans-Jürgen Weigl zum erstenmal den Oberbürgermeister in Dillingen, dem „schwäbischen Rom“. Mit Uwe Lichtenberg (SPD) stellt sie seither auch in Fürth den Oberbürgermeister. In weiteren 45 bayerischen Gemeinden trat ein Sozialdemokrat an die Stelle eines bisherigen CSU-Bürgermeisters oder eines Bürgermeisters der Freien Wähler.

In den Kommunalwahlen „außer der Reihe“ siegten seit Frühjahr 1984 Sozialdemokraten in elf weiteren bayerischen Gemeinden und zwar in

- Zell (Landkreis Hof): Bürgermeister Albrecht Dietel
am 7. Oktober 1984: 55,1 Prozent
- Kirchhof am Inn (Landkreis Rottal-Inn): Bürgermeister Frank Werner
am 23. September 1984: 57,7 Prozent (in Stichwahl)
- Neustadt bei Coburg: Oberbürgermeister Hellmut Gempel
am 13. Januar 1985: 56 Prozent
- Michelau (Landkreis Lichtenfels): Bürgermeister Herbert Perzel
am 27. Januar 1985: 56,9 Prozent
- Windischeschenbach (Landkreis Neustadt/Waldnaab): Bürgermeister Kurt Döllinger
am 17. März 1985: 57 Prozent

- Oberhausen (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen): Bürgermeister Xaver Schiele
am 10. November 1985: 80,5 Prozent
- Glashütten (Landkreis Bayreuth): Bürgermeister Werner Kaniewski
am 17. November 1985: 64,3 Prozent
- Grassau (Landkreis Traunstein): Bürgermeister Raimund Schupfer
am 4. Mai 1986: 51,04 Prozent
- Ottobeuren (Unterallgäu): Bürgermeister Peter Heil
am 11. Mai 1986: 53,02 Prozent
- Hersbruck (Landkreis Nürnberg-Land): Bürgermeister Wolfgang Plattmeier
am 16. März 1986: 65,6 Prozent (in Stichwahl)
- Veitshöchheim (Landkreis Würzburg): Bürgermeister Rainer Künzkofer
am 29. Juni 1986: 50,4 Prozent (in Stichwahl)

Besonders beachtenswert ist dabei, daß Gemeinden, die bisher als Hochburgen der CSU galten, wie Grassau am Chiemsee und Ottobeuren mit seiner Benediktiner-Abtei, nunmehr von einem Sozialdemokraten „regiert“ werden.

Seit 1984 sind somit in Bayern drei sozialdemokratische Oberbürgermeister und 56 sozialdemokratische Bürgermeister hinzugekommen. Damit amtieren im Freistaat nunmehr 15 sozialdemokratische Oberbürgermeister und 231 sozialdemokratische Bürgermeister.

Diese kommunalen Wahlerfolge, von denen man noch vor wenigen Jahren nicht träumen durfte, sind ein sichtbares Zeichen für den Aufschwung der bayerischen SPD: Es stellt sich dabei in zahlreichen Gemeinden heraus, daß die CSU irdisch und alles Irdische vergänglich ist.

Zwar haben die Bürgermeisterwahlen nicht die Bedeutung von Nachwahlen wie in Großbritannien. Aber auch hierzulande sind sie ein Frühindikator für den politischen Wandel auf Landes- und Bundesebene. Schon zwischen 1960 und 1969 hat sich der Erfolg der SPD auf Bundesebene, der dann zur sozialliberalen Koalition führte, auf kommunaler Ebene angekündigt. (-/9.7.1986/rs/ks)

* * *



Den Zusammenbruch der deutschen Handelsflotte verhindern

Den Binnenländern und Bonn muß die Bedeutung von Schifffahrt und Schiffbau für die Küste klar gemacht werden

Von Ludwig Hettling MdB

An der Küste jagt eine Hiobsbotschaft die andere. Die Rickmers-Werft und die Harmsdorf-Werften sind Pleite. VTG flaggt die ganze Flotte aus. Für die Linienreederei der Harmsdorf-Gruppe ist ebenfalls der Vergleich angemeldet. Solman-Neptun kämpft um das Überleben seiner Flotte.

Die Reeder beklagen einen ruinösen Wettbewerb. Das Werftgutachten prognostiziert einen Abbau von weiteren 30 Prozent der Schiffbaukapazität. Die Schifffahrtsbanken tätigen erhöhte Risikovorsorge und Wertberichtigungen auf Schiffsdarlehen. Zeichnet sich hiermit der Untergang der deutschen Handelsflotte und des Schiffbaus in dramatischer Weise ab?

Der Bundesregierung ist bewußt, daß deutsche Schifffahrtsunternehmen gerade in ertragsschwachen Zeiten wesentlich höhere Steuern zu zahlen haben als ihre ausländischen Konkurrenten. Trotzdem ist sie nicht bereit, vor den Bundestagswahlen 1987 die notwendigen Schritte einzuleiten.

Abzusehen ist auch, daß aufgrund der hohen weltweiten Überkapazitäten in der Schifffahrt ein Wettbewerb mit ruinösen Frachtraten die deutsche Handelsschifffahrt aus den Markt drängt.

Der erste Schritt ist, daß die deutschen Reeder nur noch wenige Schiffsneubauten bestellen, die im vergangenen Jahr bis zu 80 (!) Prozent die deutschen Werften ausgelastet haben.

Der zweite Schritt ist, daß die Reeder noch stärker ausflaggen als bisher. 45 Prozent der deutschen Handelsflotte ist bereits ausgeflaggt.

Der dritte Schritt ist, daß sich die Banken - wie bei Hapag-Lloyd immer noch aktuell - aus der Schifffahrt zurückziehen und die Reedereien ganze Fahrtgebiete aufgeben.

Dies alles wird zehntausende von Arbeitsplätzen vernichten und einen gravierenden wirtschaftlichen Einbruch an der Küste zur Folge haben.

Dies alles weiß die Bundesregierung, aber außer Subventionsumsteuerung (50 Prozent der möglichen Schiffsbauzuschüsse werden nicht abgerufen) hat sie kein Konzept mit Zukunftsperspektiven.

Bevor es ganz zu spät ist, muß radikal umgesteuert werden, und dies bedeutet, daß durch eine nationale Gesetzgebung sichergestellt wird, daß statt bisher 13 Prozent des deutschen Ladungsaufkommens wieder - gemäß den UNCTAD-Kodex - 40 Prozent von deutschen Schiffen zu fairen Frachtraten transportiert werden.

Dies hätte zur Folge, daß wir gegenüber heute eine fast doppelt so große Handelsflotte im Einsatz hätten und dadurch eine gesicherte Auslastung unserer Werften.

Ein solcher Ordnungsrahmen besteht in der internationalen Luftfahrt, und die Lufthansa beweist, daß sie damit wirtschaftlich erfolgreich fliegt. Dies ist möglich, weil nach dem Prinzip der strikten Gegenseitigkeit Marktzugang, Kapazität und Frachttarif geregelt sind.

Den Binnenländern und Bonn muß klargemacht werden, daß die wirtschaftliche Bedeutung von Kohle und Stahl identisch ist mit Schifffahrt und Schiffbau für die Küste.

Ich fordere deshalb nicht nur die Bundesregierung auf, diesen Ordnungsrahmen in der Seeschifffahrt einzuführen, sondern auch die Reeder, Schiffbauindustrie und die Gewerkschaften, wegen der dramatischen Verschlechterung der Situation nun offen mit uns für die Einführung dieses Ordnungsrahmens zu kämpfen, bevor es zu spät ist.

(-/9.7.1986/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

AvS: Eingeschränktes Asylrecht kann Menschen zum Selbstmord treiben

Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) hat den Beschluß der Bundesregierung, politischen Asylanten fünf Jahre lang die Arbeitserlaubnis zu verweigern, als „menschenverachtend“ verurteilt. In einer Resolution des Bundesausschuß der AvS wird festgestellt, damit werde das im Grundgesetz auf dem „Hintergrund bitterer Erfahrungen“ verankerte Asylrecht weiter „ausgehöhlt“. Die Resolution hat folgenden Wortlaut.

„Wir protestieren gegen den Beschluß des Bundeskabinetts, politisch Verfolgten fünf Jahre lang keine Arbeitserlaubnis zu geben. Dieser Beschluß soll sie davor abschrecken, von dem in Artikel 16 des Grundgesetzes festgelegten Asylrecht Gebrauch zu machen. Dieser Artikel entstand auf dem Hintergrund bitterer historischer Erfahrungen. Nun soll er seine praktische Wirkung verlieren.

Wir sind empört über diese Aktion der Bundesregierung, die so offensichtlich gegen einen humanen Grundsatz des Völkerrechts verstößt.

Fraglich ist, ob Menschen, die von Freiheitsberaubung, Folter und Ermordung bedroht sind, wegen des genannten Beschlusses es unterlassen werden, in der Bundesrepublik Asyl zu suchen. Wird es ihnen gewährt, sind sie hier zu einer menschenunwürdigen Existenz verurteilt.

Viele der vom NS-Regime Verfolgten haben persönlich erfahren, wie erniedrigend und demoralisierend es ist, als nur widerwillig Geduldete das Leben ohne eigene Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten fristen zu müssen.

Es ist eine Schande für die Bundesrepublik, daß ihre Regierung Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, politisch Verfolgte zur Verzweiflung, in den seelischen Tod, ja zum Selbstmord zu treiben.

Wir fordern die Rücknahme des Kabinettsbeschlusses und appellieren an die Öffentlichkeit, insbesondere Parteien, Kirchen und Verbände, in diesem Sinne zu wirken.“

(-/9.7.1988/rs/ks)

* * *

